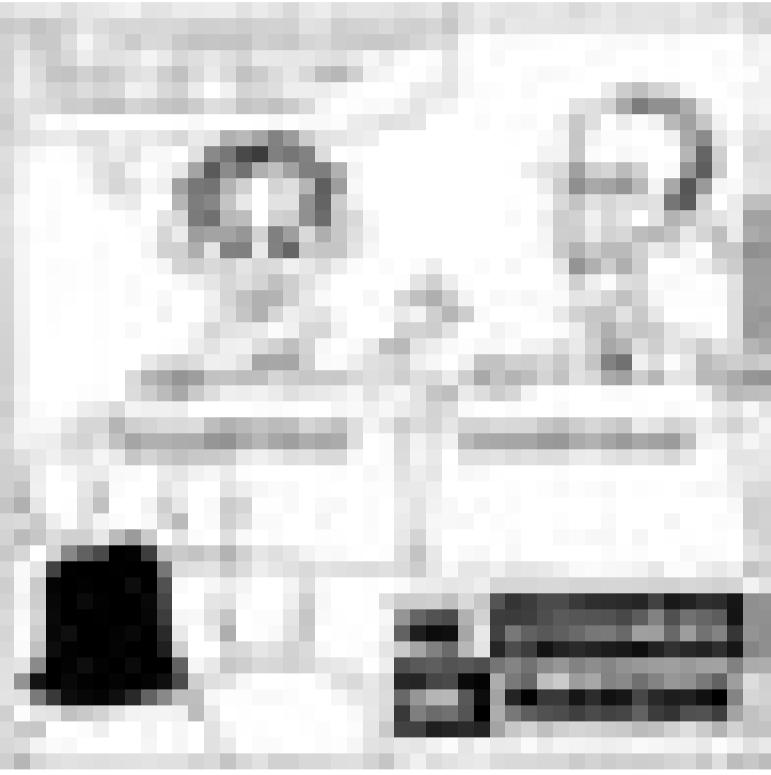


UNIVERSITÄT

Ohne Dach keine Daseinsberechtigung



Wer aus einem Nicht-EU-Mitgliedstaat kommt und in Luxemburg studieren will, muss Geld und starke Nerven haben. Die hiesige Wohnungsnot wird schnell zur existenziellen Bedrohung.

Wirklich zum Feiern dürfte François Carbon nicht zumute sein, dabei hat "Wunnraum fir Studenten" diesen Herbst Geburtstag. Seit zehn Jahren schon vermittelt der Präsident des gemeinnützigen Vereins Zimmer an StudentInnen, in Wohnheimen mit so illustren Namen wie "Number One", "Socrates" oder "Lucilinburhuc" oder bei Privatfamilien. Wenn ... welche da sind. Waren es in den Anfangsjahren der Asbl 62 Anfragen, die zu bewältigen waren, so ist diese Zahl mittlerweile auf über 2.000 angestiegen. Die BewerberInnen kommen von überall her: 42 Nationalitäten leben in den verschiedenen Studentenhäusern. Die Zimmer der Wohnraum-Initiative sind begehrt. Mit Preisen zwischen 200 und 375 Euro sind sie oft billiger als Angebote auf dem freien Markt und zudem wesentlich besser ausgestattet.

"Es werden von Jahr zu Jahr mehr Studienbewerber. Wir können etwa 600 Anfragen positiv beantworten", sagt François Carbon. Diese StudentInnen und PraktikantInnen verteilen sich auf die 102 Wohnheimzimmer sowie 150 Privatadressen, mit denen der Verein zusammenarbeitet. Alle anderen erhalten eine Absage.

Quasi-Aufnahmestopp

"Die Ablehnung kann für ausländische StudentInnen, die nicht aus einem EU-Mitgliedsstaat kommen und keine anerkannten politischen Flüchtlinge sind, existenzbedrohende Konsequenzen haben. Denn das Ausländergesetz von 1972 sieht vor, dass jeder Ausländer eine feste Wohnadresse haben muss, um eine auf ein Jahr befristete Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. "Man bekommt keine 'autorisation de séjour' ohne Wohnadresse. Und ich kann meinerseits keine Adresse geben ohne Aufenthaltsgenehmigung", beschreibt Carbon den Teufelskreis, in dem sich viele AusländerInnen befinden. Im vergangenen Jahr lagen dem Verein allein 120 Anfragen von afrikanischen

StudentInnen vor. Da die Heime aber nach dem Prinzip einer Art "Nationenquote" funktionieren, und bereits 16 BewerberInnen aus Kamerun, Kongo, Marokko, Tunesien und anderswo angenommen wurden, gilt für Studis aus Afrika quasi ein Aufnahmestopp.

"Wenn wir uns auf dem freien Markt bewerben, wird uns oft die Tür vor der Nase zugemacht", erklärt ein Betroffener gegenüber der woxx, der seinen Namen nicht genannt haben will. Argwohn gegenüber Fremden und Vorurteile besonders gegenüber Dunkelhäutigen erschweren die Wohnungssuche auf dem ohnehin desolaten Wohnungsmarkt zusätzlich. Für jemanden, der oder die aber binnen einer Frist eine feste Wohnadresse vorweisen muss und andernfalls die ersehnte Aufenthaltsgenehmigung nicht bekommt, ein großer Druck. Werden doch Privatzimmer gefunden, sind diese meist dreckig und mit über 300 Euro auch viel zu teuer. Hinzu kommen weitere Kriterien, die AnwärterInnen aus dem Ausland das Studieren in Luxemburg erschweren. Neben einer Kopie des Rückflugtickets zählen hierzu eine Vorausimmatrikulationsbescheinigung, ein Sozialversicherungszertifikat, ein Nachweis, den Lebensunterhalt während des gesamten Studiums selbst bestreiten zu können sowie eine Bankgarantie in Höhe von 2.200 Euro (vorher 2.479). Geld, das für die obligatorische "Rückführung" bei abgeschlossenem oder abgebrochenem Studium blockiert wird, das aber sogar eher wohlhabende ausländische BewerberInnen häufig benötigen, um die hohen Lebenshaltungskosten während der vier- bis fünfjährigen Studienzzeit tragen zu können.

Erstes ausländisches Studi-Komitee

"Wir brauchen mehr Wohnraum und mehr finanzielle Unterstützung", sagt ein afrikanischer Student. Die erste ausländische Studenteninitiative Luxemburgs, das "Comité des étudiants africains au Luxembourg", hat sich jetzt in Briefen an die verschiedenen Ministerien gewandt. Darin stehen konkrete Vorschläge: Zuerst die nach einem eigenen Status für ausländische Studierende, ohne die fatale Koppelung der Unterbringung an die Aufenthaltsgenehmigung. Dazu die Einführung eines Wohngelds für alle StudentInnen unabhängig von der Staatsangehörigkeit, wie es bereits in Frankreich existiert, eine Ausweitung der Stipendien auf finanziell bedürftige und eine Lockerung des geltenden absoluten Arbeitsverbots. Vorschläge, die in Nachbarländern längst Realität sind. In Deutschland beispielsweise wurde StudentInnen aus Nicht-EU-Mitgliedsstaaten das Jobben erneut erleichtert. Diese dürfen dort ab diesem Wintersemester 180 halbe

Tage im Jahr arbeiten statt wie bisher 90. Die Flexibilisierung ist Folge des Fachkräftemangels: Mit ihr sollen deutsche Universitäten für wissenschaftlichen Nachwuchs aus Übersee interessanter werden. Anstrengungen werden auch bei der Unterbringung der Studierenden gemacht. "Servicepakete" mit Wohnplatzgarantie sollen "die internationale Attraktivität des Studienlandes Deutschland" steigern, heißt es in einer Pressemitteilung des Deutschen Studentenwerkes.

Von solchen Zusagen kann François Carbon nur träumen. Zwar haben die Stadt Luxemburg, der Fonds du logement und eine Privatperson insgesamt rund 50 neue Wohnungen zugesagt, doch viel muss noch geschehen, um die aktuellen StudienanwärterInnen unterzubringen. Von künftigen BewerberInnen an der geplanten neuen Uni Luxemburg ganz zu schweigen.

Auch eine bessere Informationsarbeit von Botschaften und Behörden verlangen die StudentInnen. Es passiert immer wieder, dass BewerberInnen aus Übersee erst bei ihrer Ankunft im Großherzogtum alle Bedingungen für einen Studienaufenthalt erfahren. Sogar die Webseiten des "Centre universitaire" und des "Institut Supérieur de technologie" informieren nur spärlich. Von den hohen Unterhaltskosten und der Wohnungsnot kein Wort. Auf Initiative der StudentInnen hin sollen die Einrichtungen erstmalig dieses Jahr Briefe an BewerberInnen mit entsprechenden Informationen versandt haben.

Wie so oft, kommt mit Europa- und wohl auch mit den Uniplänen - in dieses stiefkindliche Dossier allmählich Bewegung: Eine interministerielle Arbeitsgruppe befasst sich neuerdings mit Fragen rund ums Thema Uni und AusländerInnen. Hinter verschlossenen Türen diskutieren Vertreter und Vertreterinnen aus Justiz-, Arbeits-, Außen- und Hochschulministerium über einen Entwurf der EU-Kommission zum Status ausländischer Studierender. Der Richtlinienentwurf sieht Aufenthalts- und Mobilitäts erleichterungen für StudentInnen aus Nicht-EU-Mitgliedsstaaten vor. Vorgeschlagen wird etwa eine begrenzte Freizügigkeit "to facilitate the pathway for those pursuing studies in a number of Member States". Damit wird dem Fakt Rechnung getragen, dass viele Studiengänge inzwischen auch Aufenthalte in anderen Ländern zum Beispiel für ein Praktikum vorsehen. Die Frage einer europaweit einheitlichen begrenzten Arbeitslaubnis wird ebenfalls debattiert. Und, ob ein Teil der Bankgarantie nicht künftig an die Studierenden für deren Lebensunterhalt ausgezahlt werden sollte, jeden Monat sozusagen als Grundversorgung.

Bis zum Sommer nächsten Jahres werden sich die hiesigen StudentInnen aber mindestens noch gedulden müssen, dass sich etwas an ihrem jetzigen Status ändert. Bis dahin nämlich werden die Vorarbeiten auf europäischer und auf luxemburgischer Ebene dauern. Denn wie sagte ein Beamter aus dem Justizministerium: "Es macht keinen Sinn, das Rad neu zu erfinden."

Ines Kurschat

Marchés publics

Cela fait plus d'un an que la commission parlementaire des travaux publics est en train de retravailler le projet de loi sur les marchés publics. Une des pierres d'achoppement: la question si oui ou non le Fonds de logement doit tomber sous le régime de la loi qui prévoit (après une intervention de la Cour des comptes) que tous les établissements publics doivent soumissionner selon les règles qui s'appliquent pour l'Etat lui-même. Dans une première phase, la commission avait supprimé l'exception prévue pour le Fonds, mais après un entretien avec Daniel Miltgen, le directeur de cet établissement, elle était revenue sur cette décision. L'opposition officielle du Conseil d'Etat et informelle de la Chambre des Métiers (qui elle craint la distorsion du principe de la concurrence) avaient eu pour suite qu'il y a quelques semaines, la commission s'était repenchée sur l'article. La proposition de prévoir une exception non pas spécifiquement pour le Fonds, mais pour tous les maîtres d'ouvrage qui créent des logements sociaux n'a finalement pas été retenue: jeudi dernier, la majorité CSV-DP a retenu l'exception pour le Fonds de Logement, contre les voix du POSL et l'abstention des Verts et du ADR. A voir si le dernier mot dans l'histoire a été dit.

Kein umweltmedizinisches Institut

Die Regierung spricht sich gegen eine Gesetzesinitiative des grünen Abgeordneten Jean Huss aus, die auf die Schaffung eines "Institut national de Santé Environnementale" abzielt. Einerseits sei die Regierung dabei, grundsätzlich den Nutzen so genannter "établissements publics" zu überprüfen, andererseits habe es in der letzten Zeit durchaus Fortschritte im Bereich der Umweltmedizin gegeben. So sei geplant, innerhalb der "Direction de la Santé" eine eigenständige Abteilung in diesem Sinne zu schaffen. Allerdings wird diese "Division" eine allgemeine Kompetenz erhalten, während die labortechnischen Untersuchungen und Auswertungen wie bislang dem Staatslaboratorium anvertraut werden. Dabei hatte die Gesetzesinitiative von Jean Huss gerade zum Ziel, die zum Teil verstreuten Kompetenzen in Sachen Umweltmedizin zu bündeln. Ein unabhängiges Institut hätte auch mehr Möglichkeiten zur Selbstinitiative. Doch die Regierung blockt ab: Sie sieht hier eine Gefahr der "Atomisierung", ja sogar des Konkurrenzneids zwischen einem solchen Institut und anderen Strukturen, etwa der Umweltverwaltung. Deshalb soll es bei der direkten Unterordnung unter dem Gesundheitsministerium bleiben. Wenn schon Kompetenzgerangel, dann soll es wenigstens direkt zwischen zuständigen Ministern stattfinden ...

Loi électorale: les manquements de M. Wolter

"La montagne a accouché d'une souris" - c'est le constat du député Camille Gira (Déi Gréng), membre de la commission parlementaire de l'intérieur, au sujet de la réforme de la loi électorale en cours. Au cours d'une conférence de presse mercredi, les Verts ont résumé les 50 amendements qu'ils ont introduits au projet de loi déposé par M. Wolter. A côté du plaidoyer pour une circonscription unique ainsi que de la remise en question du panachage et de l'obligation de vote, "Déi Gréng" revendiquent une loi électorale qui favorise la participation politique de toutes les catégories de la population. C'est ainsi qu'ils veulent abaisser l'âge électoral pour les jeunes et introduire des quotas pour assurer la présence des femmes sur les listes électorales. Quant à la participation des personnes non luxembourgeoises, la députée Renée Wagener a caractérisé de scandaleux le fait que, d'après le projet Wolter, les premières élections municipales ouvertes aux non-communautaires seraient celles de 2017. Selon elle, il faut viser les prochaines élections, tout comme pour l'introduction de la double nationalité. "Puisqu'il y a un large consensus, qu'attendons-nous? Notre proposition de loi est sur table depuis 2001."

Ausführliche Informationen über "Wunnraum fir Studenten" unter www.wfs.lu.